

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 19. November 1965

Blatt 3072

## Sitzung des Wiener Landtages

=====

19. November (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Stemmer (SPÖ) trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es lagen vor: eine Anfrage der ÖVP, betreffend die Hochwasserhilfe, sowie ein Antrag von der SPÖ, betreffend "Errichtung und Führung eines eigenen Rundfunkstudios Wien" und ein Antrag von der ÖVP, betreffend die "Schaffung eines Wiener Landessportgesetzes".

Als erster Punkt der Tagesordnung erfolgt sodann die Wahl eines Mitglieds des Immunitätskollegiums. Wie Präsident Dr. Stemmer mitteilt, habe er sich entschlossen, aus dem Immunitätskollegium auszuscheiden. An seine Stelle wird auf Vorschlag der SPÖ Abgeordneter Windisch mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP zum neuen Mitglied des Immunitätskollegiums gewählt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft ein Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Stockerau um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Franz Bauer (ÖVP) wegen Verdachtes der Übertretung nach § 431 Strafgesetz. Über den Sachverhalt berichtet Abgeordneter Dr. Weninger (ÖVP), daß Dr. Bauer im Juni dieses Jahres bei Stockerau mit seinem Pkw einen Mopedfahrer überholt hatte, der anschließend zum Sturz gekommen war. Nach sofortiger Hilfeleistung durch Dr. Bauer erklärte der Mopedfahrer, nicht verletzt zu sein und keine Meldung erstatten zu wollen. Dr. Bauer meldete den Vorfall jedoch der Polizei. Die spätere amtsärztliche Untersuchung des Mopedfahrers ergab lediglich leichte Abschürfungen.

./.

Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung wurde daraufhin eingeleitet. Abgeordneter Dr. Bauer sprach selbst die Bitte aus, dem Antrag stattzugeben. Vom Landtag wird sodann der Antrag ein- stimmig angenommen.

#### Erhöhung der Blindenbeihilfen

Zum dritten und letzten aber wichtigsten Punkt der Tagesordnung referiert Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ). Sie teilt mit, daß heuer auf einer Konferenz der Landessozialreferenten beschlossen wurde, ab 1. Jänner 1966 die Blindenbeihilfen einheitlich in ganz Österreich zu erhöhen. Über weitere Erhöhungen soll in jedem Jahr neu verhandelt werden. Stadtrat Maria Jacobi legt dem Landtag sodann den Antrag über eine Änderung (6. Novelle) des Wiener Blindenbeihilfengesetzes vor, wonach die Blindenbeihilfe für Vollblinde auf 640 Schilling monatlich, für praktisch Blinde auf 375 Schilling monatlich erhöht werden soll. Die bisherigen Sätze betragen 550 beziehungsweise 300 Schilling. Der Mehraufwand für 1966 wird insgesamt rund 4,3 Millionen Schilling betragen.

Abg. Lavscher (KLS) führt aus: Unsere blinden Mitmenschen werden die Erhöhung dankbar zur Kenntnis nehmen, denn sie benötigen dieses Geld dringend. Dieses Jahr hat eine empfindliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten gebracht, die besonders unsere blinden Mitbürger getroffen hat. Jede notwendige Hilfeleistung verursacht den Blinden wachsende Mehrausgaben. Die Blindenbeihilfe wird auch nach der Erhöhung nicht der Forderung entsprechen, die die Blindenvertreter schon seit Jahren erhoben haben, nämlich den Vollblinden 900 Schilling und den praktisch Blinden 500 Schilling monatlich als Blindenbeihilfe zu gewähren.

Wir wollen aber den Vorschlag machen, die Blindenbeihilfe der Berechnungsgrundlage des Pensionsanpassungsgesetzes anzugleichen. Anders ausgedrückt: der periodisch errechnete Erhöhungsfaktor für Renten und Pensionen soll künftig auch für die Erhöhung der Blindenbeihilfe gelten. Damit würde die Blindenbeihilfe in die Pensionsdynamik einbezogen.

Der Redner vertritt noch eine Reihe anderer Anliegen der Zivilblinden, vor allem hinsichtlich der Begünstigungen auf

städtischen Verkehrsmitteln, und gibt schließlich der Vorlage seine Zustimmung.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) erinnert daran, daß seine Fraktion bereits anlässlich der letzten Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes im Mai Verbesserungen beantragt hat, die aber damals unter Hinweis auf die bevorstehende Konferenz der Landessozialreferenten abgelehnt wurde. Der Redner kritisiert, daß in verschiedenen Fragen immer zuerst die Ergebnisse der Beratungen verschiedener in der Verfassung gar nicht vorgesehener Gremien - Verbindungsstelle der Bundesländer, Städtebund usw. - abgewartet werden, und meint, daß das nicht der richtige Weg ist, den Landtag aufzuwerten.

Die nun vorgesehene Festsetzung der Blindenbeihilfe entspricht im großen und ganzen unserem seinerzeitigen Vorschlag. Es gibt allerdings noch eine ganze Reihe von Wünschen der Wiener Zivilblinden, die offen bleiben, vor allem der Wunsch einer Angleichung an die Lage der Kriegsblinden. Ein wesentlicher Fortschritt ist es nun, daß Wien sich nicht mehr vorwerfen lassen muß, die hier lebenden Zivilblinden werden schlechter behandelt als die der anderen Bundesländer.

Abg. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) gibt ihrer Genugtuung über das Zustandekommen dieser Novelle Ausdruck, umso mehr, als sich die Zivilblinden durch die Novelle vom Mai in ihren Erwartungen getäuscht sahen. Kurz zuvor hatte der Blindenverband in einer lebhaften Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß er mit der bisherigen Entwicklung der Blindenbeihilfen nicht zufrieden war. Der 6. Novelle ist die Tagung der Sozialreferenten der Bundesländer vorausgegangen. In dankenswerter Weise hat man sich dort geeinigt, nicht nur eine Erhöhung vorzunehmen, sondern die Blindenbeihilfe in einheitlicher Höhe zu gewähren. Allerdings wäre es für die Blinden ein echter Vorteil, wenn die Blindenbeihilfe an den Anpassungsfaktor des ASVG angelehnt würde. Wir hören immer wieder, daß mit den Verbänden der Blinden und der Körperbehinderten das beste Einvernehmen herrscht. In dieser Frage scheint allerdings auf die Einräumung des Mitspracherechtes vergessen worden zu sein. Wir freuen uns aber über die Verbesserung und werden der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Maria Jacobi erklärt in ihrem Schlußwort, daß der Anpassungsfaktor für 1966 berücksichtigt wurde. Es ist nicht not-

wendig, das noch einmal zu fordern, und man kann für die Zukunft das schon deshalb nicht sagen, weil auch beim ASVG nur ein einmaliger Anpassungsfaktor festgelegt ist und er für jedes Jahr neu bestimmt wird. Aus diesem Grund wird es auch notwendig sein, daß die Landessozialreferentenkonferenz die Höhe jedes Jahr neu beschließt.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

- - -

#### Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

19. November (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat der Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Es lag eine Anfrage der ÖVP vor. An Anträgen wurden eingebracht: von der FPÖ betreffend "Verbesserung der Verkehrsverbindung nach Hietzing, Mauer und Rodaun zur Nachtzeit", von der ÖVP betreffend "Abhaltung der Wiener Jungbürgerfeier am Nationalfeiertag" betreffend "Neufestsetzung der Benützungzeiten in der Wiener Stadtbibliothek und im Archiv der Stadt Wien", und betreffend "Rodelstraßen in Wien". Alle Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

#### Rechnungsabschluß der Stadtwerke 1964

Stadtrat Dr. María Schaumayer (ÖVP) gab hierauf einen Bericht über die Bilanz der Wiener Stadtwerke für 1964. Die Referentin führte unter anderem aus:

#### Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß

Von vornherein kann gesagt werden, daß die abgesetzten Strom- und Gasmengen im Jahre 1964 wohl die des Jahres 1963 zum Teil nicht unwesentlich überschritten, daß jedoch der Verkauf von Koks sehr stark unter dem Jahre 1963 blieb, die erzielten Frequenzen aber nur sehr knapp unter jenen des Jahres 1963 liegen. Die Vorausschätzungen für das Jahr 1964 laut Voranschlag waren jedoch durchaus zu hoch gegriffen. Das Budget war demnach zu optimistisch aufgestellt worden.

./.

Die Elektrizitätswerke präliminierten für das Wirtschaftsjahr 1964 einen Gewinn von 117,3 Millionen Schilling, erzielten einen solchen von 61,1 Millionen Schilling, schlossen daher um 56,1 Millionen Schilling ungünstiger ab. Die Gaswerke veranschlagten einen Gewinn von 20,8 Millionen Schilling, der Gewinn beläuft sich jedoch nur auf 1,4 Millionen Schilling, er ist also um 19,4 Millionen Schilling geringer als angenommen worden war. Die Verkehrsbetriebe wiesen in ihrem Voranschlag einen Abgang von 223,4 Millionen Schilling aus, dem nunmehr ein tatsächlicher Abgang von 135,1 Millionen Schilling gegenübersteht, somit ist der Abschluß um 88,3 Millionen Schilling günstiger als der Voranschlag.

Die Städtische Bestattung rechnete mit einem Überschuß von 511.000 Schilling und erzielte einen solchen von 1,947.725 Schilling, bilanzierte demnach um 1,436.725 günstiger.

Die Wiener Stadtwerke weisen gegenüber einem veranschlagten Verlust von insgesamt 84,7 Millionen Schilling einen solchen von 70,5 Millionen Schilling aus, der demnach um 14,2 Millionen Schilling niedriger ist als angenommen. Es werden Sie sicher nur die starken Abweichungen zwischen den Budgetziffern der Wiener Stadtwerke pro 1964 und den ausgewiesenen Bilanzziffern interessieren. Dabei ist zunächst summarisch festzustellen, daß der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Voranschlag um 101,5 Millionen Schilling gestiegen ist, während die Ertragssteigerung 115,7 Millionen Schilling ausmacht.

Von der Aufwandsteigerung entfallen 114 Millionen Schilling auf eine Erhöhung der Subventionen, 4,8 Millionen Schilling auf einen Mehraufwand beim Personal, zusammen also 118,8 Millionen Schilling, welche sich durch diverse Minderaufwendungen von rund 17,4 Millionen Schilling auf die vorhin angeführten 101,5 Millionen Schilling reduzieren. Bei der Ertragssteigerung von 115,7 Millionen Schilling entfallen 114 Millionen Schilling ebenfalls auf erhaltene höhere Subventionen, während sich ein Betrag von 1,7 Millionen Schilling aus Mehr- oder Mindererträgen bei verschiedenen Posten zusammensetzt.

Zum Unterschied zum Jahre 1963 weisen die Ansätze laut Voranschlag für den Personalaufwand keine ins Gewicht fallende Differenz auf, wohl aber ist bei den Subventionen eine Zunahme um 114 Millionen Schilling zu registrieren. Beim Personalaufwand beträgt die Erhöhung insgesamt 4,88 Millionen Schilling.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das um 14,2 Millionen Schilling bessere Ergebnis des Jahres 1964 gegenüber dem Voranschlag ein genaues Einhalten der Ansatzziffern und sparsames Wirtschaften beweist.

#### Leistungsmäßige Erfüllung der Voranschläge

Die verkaufte Strommenge beläuft sich auf 2,264,667.000 Kilowattstunden und ist demnach gegenüber dem Voranschlag von 2.297,000.000 Kilowattstunden um 32,333.000 Kilowattstunden oder um 1,43 Prozent geringer als angenommen. Gegenüber dem Jahre 1963, in welchem 2.067,273.810 Kilowattstunden abgesetzt wurden, beläuft sich die Steigerung auf 197,931.900 Kilowattstunden oder 9,5 Prozent.

Der Gasverkauf ergab im Jahre 1964 701,9 Millionen Kubikmeter, er ist um 25,6 Millionen Kubikmeter oder rund 3,6 Prozent geringer als im Voranschlag angenommen, während er um 16,8 Millionen Kubikmeter höher ausfiel als im Jahre 1963, was einer Steigerung gegenüber dem Vergleichsjahr um 2,5 Prozent entspricht.

An Koks wurden 270.565,6 Tonnen abgesetzt, das ist um rund 2,4 Prozent weniger als im Voranschlag angenommen, in dem 277.000 Tonnen präliminiert worden sind. Gegenüber der verkauften Koksmenge im Jahre 1963 von 299.729 Tonnen ergibt sich ein Rückgang des Koksabsatzes um 29.163,4 Tonnen oder 10,7 Prozent.

Die Fahrgastfrequenz bei den Verkehrsbetrieben ergab eine Gesamtsumme von 471,6 Millionen Fahrgästen gegenüber 474,7 Millionen Fahrgästen, die im Voranschlag angenommen worden waren, das ist demnach eine Verminderung um 3,1 Millionen Fahrgäste oder 0,6 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1963, in welchem 472,6 Millionen Fahrgäste befördert wurden, ergibt sich ein Frequenzrückgang um eine Million Fahrgäste oder 0,2 Prozent.

Die Gesamtaufwendungen der Wiener Stadtwerke einschließlich der Subventionen haben im Jahre 1964 4.050 Millionen Schilling ausgemacht und sind gegenüber dem Voranschlag, der 3.948,5 Millionen Schilling auswies um 101,5 Millionen Schilling gestiegen. Die Erträge haben hingegen 3.979,4 Millionen Schilling gegenüber veranschlagten 3.863,7 Millionen Schilling erreicht und sind damit um 115,7 Millionen Schilling höher als im Voranschlag.

An Subventionen wurden im Wirtschaftsplan 150 Millionen Schilling ausgewiesen, während tatsächlich 264 Millionen Schilling durch Elektrizitätswerke und Gaswerke geleistet worden sind, dazu kommt noch der Zuschuß mit 50 Millionen Schilling von Seiten der Hoheitsverwaltung, also insgesamt 314 Millionen Schilling.

Ohne Subventionen und Zuschuß der Hoheitsverwaltung hätten die Elektrizitätswerke mit einem Gewinn von rund 219,6 Millionen Schilling, die Gaswerke mit einem Gewinn von rund 107,1 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von rund 449,1 Millionen Schilling, die Bestattung mit einem Gewinn von rund 1,9 Millionen Schilling abgeschlossen.

Die Vermögensrechnung der Wiener Stadtwerke zeigt folgendes Bild: Das Rohvermögen, das ist die Bilanzsumme ab Verlustvortrag, betrug am 31. Dezember 1964 8.462,3 Millionen Schilling, ein Jahr vorher betrug es 8.091,7 Millionen Schilling. Der Jahresverlust und die Verlustvorträge aus früheren Jahren machen zusammen 1.154,2 Millionen Schilling aus.

Der von der Bestattung im Jahre 1964 erzielte Gewinn von 1.947.725.04 Schilling wird der freien Rücklage zugeführt.

Auf das Anlagevermögen entfielen vom Rohvermögen per Ende 1964 7.322,7 Millionen Schilling und auf das Umlaufvermögen 1.139,6 Millionen Schilling oder in Prozenten ausgedrückt 86,6 Prozent entfallen auf das Anlagevermögen und 13,4 Prozent auf das Umlaufvermögen. Diesen Vermögenswerten stehen gegenüber Eigenmittel in der Höhe von 1.973,6 Millionen Schilling und Verbindlichkeiten beziehungsweise Schulden in der Höhe von 6.488,7 Millionen Schilling oder in Prozenten: 23,4 Prozent entfallen auf Eigenmittel und 76,6 Prozent auf Verbindlichkeiten beziehungsweise Schulden. Das Anlagevermögen ist nur mehr mit 23,4 Prozent durch Eigenmittel gedeckt. In der Bilanz 1963 waren es 25,3 Prozent.

Was die Anlagenzugänge bei den Wiener Stadtwerken betrifft, so konnten bei den Elektrizitätswerken Investitionen für rund 574,1 Millionen Schilling, bei den Gaswerken Investitionen für rund 153,5 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben Investitionen für rund 152,6 Millionen Schilling und bei der Bestattung Investitionen für rund 4,7 Millionen Schilling getätigt werden.

Somit ergab sich eine Investitionssumme von 884,9 Millionen Schilling. Gegenüber dem Präliminare von 820,7 Millionen Schilling ergibt sich somit eine Mehrinvestition in der Höhe von 64,2 Millionen Schilling.

#### Größere Investitionen

Im Dampfkraftwerk Simmering schritten die Arbeiten an dem neuen 110 MW Block, dem Werk 4, nach anfänglicher, durch die Witterung bedingter Verzögerung zügig fort. Dieses nun vollendete Werk 4 werden wir in den nächsten Wochen offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Im Sommer 1964 wurde in diesem Hohen Hause der Beschluß zum Bau eines weiteren 110 MW Blockes des Werkes 5 gefaßt und in Herbst mit den Fundierungsarbeiten begonnen.

Für die Heizölbevorratung wurde im Frühjahr 1964 mit dem Bau eines dritten Tankhofes begonnen, die Dachlgeiche konnte Mitte Dezember errichtet werden.

Besondere Erwähnung verdient, daß das ehemalige 5 Kilovolt-Netz links der Donau fast zur Gänze auf 10 Kilovolt umgeschaltet werden konnte.

Die wichtigsten Neuherstellungen im Gaswerk Simmering: Im Berichtsjahr erfolgte die Fertigstellung und Inbetriebnahme der CC 3P-Spaltanlage IV. Weiters erfolgte die Montage der CCR-Spaltanlage Linien V und VI mit CO-Konvertierung. Im Gaswerk Leopoldau erfolgte die Anschaffung der CO-Konvertierungseinrichtungen für die CCR-Spaltanlagen 1 bis 4. Montage und Inbetriebnahme der Perox-Gasentschwefelungsanlage für 350.000 Kubikmeter pro Stunde Kohlengas und der Amoniakwaschanlage.

Die Verkehrsbetriebe verzeichnen an besonderen Arbeiten: Um- und Neubau der Gleisanlagen im zweiten Bezirk, Taborstraße-Am Tabor-Trunnerstraße. Für die Arbeiten am "Verkehrsbauwerk Matzleindorfer Platz" mußte von den Verkehrsbetrieben das I. Gleisprovisorium im Zusammenhang mit der Neuerrichtung der Bundesbahnbrücke über die Triester Straße gebaut werden.

Um die Fortführung des Baues Straßenbahnunterführung Lastenstraße zu ermöglichen und den Betrieb auf den Zweierlinien aufrechterhalten zu können, mußte die Zweierlinie im Zuge der Lastenstraße von der Alser Straße bis zur Gauermann-gasse provisorisch verlegt werden. In mehreren Bauetappen wurde die Doppelgleisanlage stadtauswärts verschoben und die alte Gleisanlage ausgebaut.

Für die Bauarbeiten an der Unterführung der Breitenfurter Straße unter die Donauländebahn wurde im Berichtsjahr die Doppelgleisanlage entsprechend dem Straßenumbau umgelegt.

Am 11. September erfolgte die feierliche Eröffnung der neuen Hietzinger Brücke, die gleichzeitig den Namen Kennedy-Brücke erhielt. Mit der Inbetriebnahme dieses Verkehrsbauwerkes und der anschließenden umgebauten Straßenzüge wurde eines der großen Projekte des Generalverkehrsplanes realisiert. Das im Zentrum des Verkehrsbauwerkes liegende Aufnahmegebäude der Stadtbahn wurde mit anschließendem Flugdach errichtet.

Der Bau der Gleisschleife in der Endstelle Stammersdorf wurde im Berichtsjahr vollendet und am 6. Juni 1964 in Betrieb genommen.

Im Bahnhof Kagran konnte die neue Wagenhalle fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. In Rodaun wurde ein kombiniertes Objekt Wagenabfertigung mit Flugdach, Kartenvorverkauf und öffentliche Bedürfnisanstalt fertiggestellt. Weiter wurde je eine Wagenabfertigung in Gersthof und eine in 22, Erzherzog Karl-Straße - Wagramer Straße errichtet.

Für die Straßenbahn konnten im Berichtsjahr neun Wartehallen und für den Autobusbetrieb vier Wartehallen errichtet werden.

In der Stadtbahnhaltestelle Meidlinger Hauptstraße wurde ein kombiniertes Stellwerk für die Stadtbahn errichtet. Der Umbau des Bahnhofes Grinzing in eine Autobusgarage konnte fertiggestellt werden. Die Wagenabfertigung für die Autobuslinie 72 beim Zentralfriedhof konnte ebenfalls fertiggestellt werden.

Der Straßenbahnbetrieb verfügte am 31. Dezember 1964 über insgesamt 1.135 Trieb- und 1.195 Beiwagen, der Stadtbahnbetrieb über 130 Trieb- und 200 Beiwagen.

Neu angeschafft wurden im Jahre 1964 für den Personenverkehr zehn sechsachsige Gelenktriebwagen der Reihe "E", 25 vierachsige Gelenktriebwagen der Reihe "F". Ausgeschieden wurden 1964 47 Personentriebwagen, 44 Personenbeiwagen sowie 16 Hilfsfahrzeuge.

Im Gesamtstand von 2.330 Straßenbahn-Personenwagen sind 91 vierachsige Triebwagen und 339 vierachsige Beiwagen, ferner 66 vierachsige und 80 sechsachsige Gelenktriebwagen. Der Fahrzeugpark des Straßenbahnbetriebes besitzt 492 Trieb- und 660 Beiwagen in Stahlbauweise. Es sind insgesamt 951 Triebwagen und 1.045 Beiwagen, somit zusammen 1.996 Straßenbahn-Personenwagen mit Schienenbremsen ausgerüstet.

Für den Autobusbetrieb wurden im Jahr 1964 sechs Gelenkautobusse neu angeschafft, ausgeschieden wurden ~~sieben~~ Großraumautobusse und fünf Stadtautobusse, sodaß der Gesamtstand am Ende des Betriebsjahres insgesamt 368 Autobusse, darunter acht Gelenkzüge, betrug.

Im Rahmen des Wagenerneuerungsprogrammes konnten 1964 weitere Linien, nämlich 5, 31/5, 231 und 331 mit Zügen bestückt werden, welche durchwegs mit Schienenbremsen ausgerüstet sind, sodaß für diese Linien die Höchstgeschwindigkeit auf 25 Kilometer pro Stunde wieder aufgehoben und die Fahrzeiten normalisiert werden konnten. Von den insgesamt 62 Linien, waren daher mit Jahresende 1964 bereits 44 zur Gänze auf Züge mit Schienenbremsen und fünf Linien auf Autobusbetrieb umgestellt, sodaß noch 13 Linien von den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1957 hinsichtlich der Höchstgeschwindigkeitsbeschränkung betroffen bleiben.

Gegenüber dem Jahre 1937 ergibt sich eine Senkung der Unfälle um zirka 33 Prozent, während sich die Zahl der Verletzten um zirka 35 Prozent erhöht hat.

#### Bilanzvergleiche

Die Bilanz der Elektrizitätswerke schließt trotz der Beitragsleistung an die Verkehrsbetriebe von insgesamt rund 158,5 Millionen Schilling mit einem Gewinn von 61,2 Millionen Schilling gegenüber einem Gewinn von 79 Millionen Schilling im Jahre

1963, in welchem nur 80 Millionen Schilling Subventionen bezahlt werden mußten, ab. Das Bilanzergebnis ist demnach um 17,8 Millionen Schilling ungünstiger, was darauf zurückzuführen ist, daß im Berichtsjahr um 78,5 Millionen Schilling mehr an Subventionen an die Verkehrsbetriebe zu bezahlen waren. Der tatsächliche Betriebsgewinn 1964 der Elektrizitätswerke würde sich auf rund 219,6 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr mit 159 Millionen Schilling stellen. Im Wirtschaftsplan 1964 rechneten die Elektrizitätswerke mit einem betrieblichen Überschuß von 207,3 Millionen Schilling, demnach ist also der Erfolg sowohl gegenüber Annahme als auch gegenüber dem Vorjahr günstiger. Die günstige Entwicklung ist vor allem auf den steigenden Stromverbrauch zurückzuführen, 1964 konnten um 197 Millionen Kilowattstunden oder 9,54 Prozent mehr Strom abgegeben werden als 1963.

Die Bilanz der Gaswerke weist unter Berücksichtigung der Subvention an die Verkehrsbetriebe von 105,6 Millionen Schilling einen Gewinn von 1,4 Millionen Schilling aus. Dieses Jahresergebnis ist gegenüber 1963, in welchem ein Verlust von 9,7 Millionen Schilling zu verzeichnen war, um 11,1 Millionen Schilling günstiger. Ohne die Subventionsleistung an die Verkehrsbetriebe ergab sich ein echter Betriebsgewinn von 107 Millionen Schilling gegenüber 1963 von 50,2 Millionen Schilling. Rein betriebsmäßig gesehen, war somit eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr um 56,8 Millionen Schilling eingetreten.

Das relativ günstige Jahresergebnis 1964 wurde zum Teil durch sparsamstes Wirtschaften erreicht.

Die Bilanz 1964 der Verkehrsbetriebe schloß mit einem Verlust von 135,1 Millionen Schilling gegenüber 1963 mit 160,1 Millionen Schilling, demnach um 25 Millionen Schilling günstiger ab. Mit dem Verlustvortrag aus den Vorjahren von insgesamt 1.030,1 Millionen Schilling, erhöhte sich der Gesamtverlust auf 1.154,2 Millionen Schilling, der auf neue Rechnung vortragen werden soll.

Die Subventionen der Elektrizitätswerke und Gaswerke inklusive des Zuschusses des Magistrates, beliefen sich auf

./.

314,08 Millionen Schilling, davon entfallen wie schon erwähnt 158,47 Millionen Schilling auf die Elektrizitätswerke, 105,61 Millionen Schilling auf die Gaswerke und 50 Millionen Schilling auf den Magistrat. Nach Abzug dieser Beitragsleistungen ergab sich 1964 ein tatsächlicher Gebarungsabgang von 449,22 Millionen Schilling gegenüber 1963 von 400,18 Millionen Schilling. Das Betriebsergebnis ist also gegenüber 1963 um 49,04 Millionen Schilling ungünstiger. Dies resultiert in der Hauptsache aus erhöhten Personalkosten von 29,6 Millionen Schilling, höherem Zinsaufwand von 8,6 Millionen Schilling, gesteigerten außerordentlichen Aufwendungen von 6,85 Millionen Schilling und sonstigen höheren Aufwendungen von 3,9 Millionen Schilling.

Die Bilanz der Städtischen Bestattung weist einen Gewinn von 1,947.725 Schilling aus, der sowohl den Gewinn des Vorjahres 924.551 Schilling um 1,023.173 Schilling, als auch den Voranschlag 1964 mit 511.000 Schilling um 1,436.725 Schilling übertrifft.

#### Zusammenfassung

Lassen Sie mich zum Schluß nur eine kurze Betrachtung anstellen, welche Entwicklung die Wiener Stadtwerke seit 1955, dem Jahr der Schillingeröffnungsbilanz nahm... Hiefür sprechen folgende Weltangaben: die Stromdarbietung wurde von 1956 bis 1964 um 92 Prozent gesteigert. Die Gaserzeugung erhöhte sich in diesen zehn Jahren um 81 Prozent. Lediglich die Beförderungsleistung bei den Verkehrsbetrieben fiel von 1955 bis 1964 um zwölf Prozent ab. Stellt man diesen Produktionswerten gegenüber, daß der Personalstand 1955 3.982 Bedienstete, 1964 aber nur 3.917 Bedienstete bei den Elektrizitätswerken betrug und bei den Gaswerken von 2.609 im Jahre 1955 auf 2.136 Bedienstete im Jahre 1964 sank, so dokumentiert sich in diesen Zahlen eine namhafte Produktivitätssteigerung. Bei den Verkehrsbetrieben verminderte sich die Zahl der aktiven Bediensteten von 13.035 im Jahre 1955 auf 11.495 im Jahre 1964. Alle diese Mitarbeiter haben jeder in seinem oder ihrem Platz nach besten Kräften mitgewirkt an der Leistung der Unternehmen im Dienste und im Interesse unserer Wiener

Bevölkerung. Dafür sei auch allen Mitarbeitern der Wiener Stadtwerke von dieser Stelle aus herzlich gedankt.

Dem Gemeinderat aber habe ich zu danken, daß er für die Erfordernisse der Wiener Stadtwerke Verständnis bewiesen hat.

Als erster Debattenredner ergriff Gemeinderat Peter (FPÖ) das Wort. Er bezeichnet die Entwicklung des Personalstandes der Wiener Stadtwerke als besorgniserregend. Den 1.192 Abgängen im Berichtsjahr standen nur 711 Neuaufnahmen gegenüber, was ein Minus von 481 ergibt. Davon entfällt ein Abgang von 419 Kräften allein auf die Verkehrsbetriebe. Offenbar hätten die angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen nicht geholfen, weil ihnen erstens technische Grenzen gesetzt seien und zweitens das Geld für nötige Investitionen fehle. Es werde nötig sein, ein besseres Betriebsklima zu schaffen, um den Dienst attraktiver zu gestalten. Dem Fahrpersonal fehlen auch Aufstiegsmöglichkeiten und daher manche Anreize. Der entscheidende Grund für den Mangel an Fahrpersonal sei freilich die andere Diensterteilung.

Gemeinderat Peter befaßte sich mit dem Verhältnis von Pensionisten und Aktiven bei den Stadtwerken: Den 17.979 aktiven Bediensteten stehen hier 19.059 Pensionisten gegenüber, so daß bald auf 0,75 Aktive ein Ruheständler entfalle. Bei den Verkehrsbetrieben ist dieses Verhältnis am ungünstigsten, wobei man allerdings bedenken müsse, daß beim fahrenden Personal Vorzugspensionierungen oft gerechtfertigt seien.

Als ungünstig bezeichnete der Redner auch das Verhältnis von Eigenstromerzeugung und Fremdstrombezug bei den E-Werken. Im Berichtsjahr sei der Fremdstrombezug doppelt so stark gestiegen, als die Eigenstromerzeugung. Dies sei darauf zurückzuführen, daß notwendige Investitionen wegen Geldmangels nicht durchgeführt werden konnten.

Während die Gasproduktion um 2,46 Prozent gestiegen ist, höre man Klagen aus einzelnen Stadtteilen, in denen wegen zu geringen Gasdruckes keine neuen Gasgeräte angeschlossen werden können. Gestrigen Pressemeldungen sei zu entnehmen, daß in Randbezirken neue Straßen gebaut werden, in denen keine Gasrohre verlegt seien, weil dafür die Mittel gefehlt hätten. Das bedeutet, daß solche Straßen später nochmals aufgerissen werden müßten.

Am Ausbau des Wiener Rohrnetzes wurde zwar in den letzten Jahren gearbeitet, trotzdem ist die Sanierung noch ungenügend. Die vorhandenen Gasrohre stammen teilweise noch aus dem vergangenen Jahrhundert und genügen daher den heutigen Anforderungen in keiner Weise. Bei einem entsprechend ausgebauten Rohrnetz hätten weitaus mehr neue Anschlüsse hergestellt werden können, was sich nicht nur auf die Gaswerke selbst, sondern auch auf die Wirtschaft günstig auswirken würde. Leider müssen jedoch die Gaswerke mit ihrem Gewinn die Verkehrsbetriebe subventionieren und daher die Investitionen im eigenen Bereich einschränken. Zweckmäßig wäre nach Ansicht des Redners die Einrichtung von eigenen Erzeugungsanlagen zur Deckung des Spitzenbedarfes in den Wintermonaten. Der Winterbedarf ist bei den Gaswerken sechsmal höher als der Sommerverbrauch.

Bei den Verkehrsbetrieben ist die sinkende Fahrgastfrequenz sehr bedauerlich, da es sich nicht um einen augenblicklichen Tiefstand handelt, sondern ein ständiges konstantes Sinken zu verzeichnen ist. Sämtliche Städte Europas bemühen sich, die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten. Bei uns merkt man von derartigen Bemühungen leider wenig. Auf unseren Straßenbahnen herrscht nach wie vor eine Drängerei, die Züge fahren mit großen Intervallen, die Anschlüsse sind nicht aufeinander abgestimmt und ähnliches. Derartige Mißstände geben nur wenig Anreiz zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel. Das Auflassen einiger wichtiger Haltestellen wurde von der Bevölkerung gleichfalls heftig kritisiert. Es ist zu hoffen, daß man hier zu einer einvernehmlichen Lösung kommen wird. Größtes Augenmerk müßte der Erneuerung des Wagenparkes zugewendet werden, da fast jeder zweite Straßenbahnwagen derzeit noch aus Holz ist. Interessant wäre es auch zu erfahren, was mit der Hauptwerkstätte, die den heutigen Erfordernissen nicht mehr entspricht, geschehen soll. Um die Verkehrsbetriebe weiter entwickeln zu können, und Fehlplanungen zu verhindern, wäre die Schaffung eines Generalverkehrsplanes dringend notwendig.

Als kleines, aber "gediegenes Unternehmen" bezeichnet der Redner die Städtische Bestattung.

Nach Ansicht von Gemeinderat Peter wäre es zweckmäßiger, wenn in den vorliegenden Berichten die einzelnen Unternehmungen getrennt kontiert, was nicht heißen soll getrennt bilanziert, werden würden. Man hätte dann eine genauere Übersicht über den Erfolg der einzelnen Unternehmungen. Hat der Verlust der Verkehrsbetriebe vor einigen Jahren noch rund eine Million Schilling täglich ausgemacht, so ist er derzeit bereits bei 1,2 bis 1,3 Millionen angelangt. Das im Vorjahr so optimistisch erstellte Budget konnte also nicht realisiert werden. Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Verluste ständig steigen und die Ausarbeitung eines Generalsanierungsplanes nicht mehr verzögert werden dürfte. Ein vor einigen Monaten vorgelegter Plan zur Sanierung der Verkehrsbetriebe wurde in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen anscheinend wieder zurückgestellt. Man soll jedoch nicht aus wahlpropagandistischen Gründen etwas verschieben, was dringend gelöst werden müßte. Der Redner ist der Meinung, daß die Stadtwerke auch ohne Tariferhöhungen saniert werden könnten. Besorgniserregend sei die Höhe des Fremdkapitals bei den Stadtwerken und die damit verbundenen Belastungen.

Abschließend stellt GR. Peter fest, daß die FPÖ den Anträgen zustimmen werde, nicht weil sie mit dem, was geschehen ist, einverstanden ist, sondern weil es sich um ordnungsgemäß erstellte, kontrollierte und für richtig befundene Rechnungsabschlüsse handelt.

Der nächste Debattenredner ist GR. Haag (ÖVP). Er greift einige markante Punkte aus der Stadtwerke-Bilanz 1964 heraus. Das Eigenkapital der Städtischen Unternehmungen sei weiterhin gesunken, von 25 Prozent im Jahr 1963 auf 23,4 Prozent. Die Einnahmenschätzung für 1964 sei nicht erreicht worden, und zwar deshalb, weil man etwas zu hohe Einnahmen angenommen habe. Die Verluste von 84 Millionen Schilling seien um 14 Millionen Schilling geringer als vorgesehen. Trotz verschiedener Werbeaktionen sei es nicht gelungen, den Personalstand zu halten. Die Frage des Betriebsklimas könne nur sehr schwer beurteilt werden. Es sei eine Tatsache, daß überall in Industrie und Wirtschaft etwa 40 bis 60 Prozent des Stammpersonals zu ihrem Betrieb stehen und zufrieden sind, während der andere Teil zu-

meist unzufrieden ist und fluktuiert. Die Rationalisierungen bei den Städtischen Unternehmungen seien im vergangenen Jahr sehr beachtlich gewesen.

**E-Werke:** 1964 schlossen sie mit 61,1 Millionen Einnahmenüberschuß ab. Großer Wert wurde auf den weiteren Ausbau der Eigenproduktion gelegt. Im Kraftwerk Simmeing wurde im Vorjahr der Block 3 fertiggestellt, im kommenden Monat wird der Block 4 dem Betrieb übergeben. Damit wird Simmering das größte Dampfkraftwerk Österreichs sein.

**Gaswerke:** Die Gaswerkerzeugung ist bedeutend gestiegen, die Gaswerke konnten mit einem Gewinn von 1,4 Millionen Schilling abschließen. Die Investitionen waren jedoch um 25 Millionen Schilling geringer als 1963. Die Verteileranlage und das Rohrnetz konnten aus Geldmangel leider nicht entsprechend ausgebaut werden. Es kamen viele Klagen von Leuten, die neue Gasanschlüsse verlangten und nicht bekommen konnten, weil die Rohrnetze zu schwach sind. Diese Schwierigkeiten sind leider finanziell und technisch bedingt.

**Verkehrsbetriebe:** Die Fahrgastfrequenz ist geringfügig gesunken, das Platzangebot hat sich verbessert. Die Verkehrsbetriebe hatten 1964 leider um 241 Bedienstete weniger als 1963. Trotzdem kann man sagen, daß die Personalwerbeaktionen schöne Erfolge gebracht haben. Der WIG-Verkehr konnte klaglos abgewickelt werden. Die im Vorjahr durchgeführten Haltestellenauflassungen und -zusammenlegungen wurden mit den Bezirksvorstehungen abgesprochen; ihren Wünschen konnte man zumeist nachkommen. Das Wagenbauprogramm wurde fortgesetzt, wobei der Bau von Gelenkszügen im Vordergrund stand. Auf der Stadtbahn wurde im vergangenen Jahr die Totmanneinrichtung eingeführt. Zu dem schweren Unfall, der sich vor kurzem auf der Stadtbahn zugetragen hat und der im ersten Moment einen Schock sowohl beim Personal als auch bei den Fahrgästen ausgelöst hat, ist zu sagen, daß die technischen Einrichtungen vollkommen einwandfrei funktioniert haben. Das hat sich eindeutig herausgestellt. In diesem Zusammenhang appelliert Gemeinderat Haag an das Personal und die Fahrgäste, alle Vorschriften und Sicherheitsvorkehrungen genauestens zu beachten. Sodann kommt der Redner auf den Vorschlag eines Zeitungslesers zu sprechen, wonach auf den Stadtbahnperrens gelbe Sicherheitslinien gezogen werden sollten, die nach Abfertigung des Zuges niemand mehr übertreten darf. Der Redner bezeichnet diesen Vorschlag, den gegenwärtig die Fachleute prüfen, als außerordentlich vernünftig und durchführbar.

Obwohl die Verlustvorträge der Stadtwerke aus den vergangenen Jahren wieder mit 1,3 Milliarden vorgetragen wurden, konnte der Reinverlust für das Jahr 1964 auf 135 Millionen gehalten werden.

Bei der Bestattung ist erfreulicherweise jahrelang keine Gebührenerhöhung erfolgt, trotzdem konnte ein, wenn auch bescheidener, Gewinn von 1,9 Millionen Schilling erzielt werden. Das scheint weniger auf Rationalisierung zurückzuführen zu sein, sondern vielmehr darauf, daß in Zeiten des Wohlstandes die Angehörigen eine bessere Ausstattung für Begräbnisse wünschen, wodurch sich die Einnahmen erhöhen.

Die ÖVP wird den vorgelegten Anträgen die Zustimmung erteilen.

GR. Lanc (SPÖ) erwidert GR. Peter, daß man das Pensionistenproblem nicht nur numerisch betrachten dürfe. Unter den angeführten 19.000 Pensionisten befinden sich 9.300 Witwen. Daraus geht hervor, daß auch die Belastung nicht so groß ist, als wenn es sich um 19.000 Pensionisten handelte, da ja die Witwenpension nur die Hälfte beträgt und die Waisenpension noch geringer ist.

In dem ausgezeichnet gestalteten Bericht der Stadtwerke kommt allerdings das Bemühen, mehr Personal zu finden, zu wenig zum Ausdruck. Erst heute ist ein Werbeautobus der städtischen Verkehrsbetriebe wieder zu einer Werbefahrt ausgelaufen. Er soll allerdings in Niederösterreich ein "Auftrittsverbot" erhalten haben. Vielleicht könnte der Stadtrat für Personalwesen darüber Auskunft geben. Zum eisernen Bestandteil der Diskussion über die Stadtwerke gehört auch der Hinweis seitens der ÖVP, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen. Es besteht schon seit langem die Absicht, jugoslawische Arbeitskräfte anzuwerben, doch ist dieses Problem wegen der Regierungskrise nicht mehr gelöst worden. Vielleicht könnte der Stadtrat auch hierüber Aufschluß geben.

Im Bericht sollten künftig nicht nur die Daten über die Höhe der Stromerzeugung und des Fremdstromes, sondern auch die Verkaufsziffern aufscheinen, da man für die Netzverluste nichts einnimmt. Eine sehr positive Entwicklung ist, daß bei der Post

Rohstoffeinsatz eine Einsparung von rund fünf Prozent gegenüber dem Präliminare erzielt werden konnte. Hier manifestiert sich zum erstenmal die ganzjährige Ausnützung des Blocks III im Kraftwerk Simmering. Die neuen kalorischen Kraftwerksanlagen der Wiener E-Werke stehen auf einer breiten Rohstoffbasis, es kann sowohl Erdöl, als auch Erdgas und Kohle eingesetzt werden, entsprechend dem marktgünstigsten Angebot. Das ist ein echter Rationalisierungserfolg.

Die Wiener Stadtwerke und ihre Bediensteten haben unter großen Schwierigkeiten die an sie gestellten Anforderungen voll und ganz erfüllt. Sie haben besser abgeschnitten, obwohl sie im Jahre 1964 um 50 Millionen Schilling weniger Zuschuß aus Mitteln der Hoheitsverwaltung bekommen haben und obwohl eine Erhöhung der Lohnkosten und der Pensionslasten eingetreten ist. Dafür gebührt allen Bediensteten der Stadtwerke Dank und Anerkennung des Wiener Gemeinderates und insbesondere aus vollem Herzen der Sozialistischen Fraktion.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Heute nacht: nur ein einziger Schneearbeiter meldete sich  
=====

19. November (RK) In der Nacht von gestern auf heute früh war die Wiener Schneeräumung vor allem mit weiteren Streuarbeiten im inneren Stadtgebiet beschäftigt. Der Nachtpartie von insgesamt 50 Mann standen neun Streufahrzeuge zur Verfügung. An freiwilligen Schneearbeitern konnte nur ein einziger aufgenommen werden, weil sich eben nur ein einziger gemeldet hatte. Heute früh wurden weitere 84 Streufahrzeuge eingesetzt.

Tagsüber stehen heute der Schneeräumung folgende Kräfte zur Verfügung: an Personal 1.260 Mann, davon 521 aufgenommene Schneearbeiter, und an Fuhrwerk 113 Streufahrzeuge und 16 Lademaschinen.

- - -

Werbebus der Stadtwerke auf großer Fahrt  
=====

19. November (RK) Heute vormittag wurde der Werbebus, der in den Bundesländern auf Arbeitsmöglichkeiten bei den Wiener Verkehrsbetrieben hinweisen will, im Arkadenhof des Wiener Rathauses durch Personalstadtrat Hans Bock und Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer verabschiedet.

Der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Dr. Reisinger, erinnerte in seinen einleitenden Worten daran, daß den Verkehrsbetrieben derzeit 364 Mann im Werkstätten- und Baudienst und 504 Leute im Fahrdienst fehlen. Dieser Personalmangel kann durch Rationalisierungsmaßnahmen allein nicht ausgeglichen werden. Personalwerbung ist daher notwendig. Der im Frühjahr eingesetzte Straßenbahnwerbezug erzielte gute Erfolge. Es konnten 127 männliche und 26 weibliche Arbeitskräfte angeworben werden. Nun will man auch in den Bundesländern werben und hat zu diesem Zweck einen großen Gelenkbus entsprechend adaptiert. Im Einvernehmen mit dem Sozialministerium und den Landesarbeitsämtern wurden 50 Gemeinden ausgesucht, in denen eine strukturelle Arbeitslosigkeit besteht und daher Chancen vorhanden sind, Personal für die Verkehrsbetriebe zu gewinnen.

Der Gelenkautobus ist außen mit werbekräftigen Aufschriften und **Bildern** versehen. Interessenten werden aufgefordert, einzusteigen und sich im Inneren des Zuges näher informieren zu lassen. Dies geschieht sowohl durch Bildmaterial als auch durch Prospekte und vor allem durch speziell geschulte Angehörige der Verkehrsbetriebe, die den Bus begleiten. Die Aufnahmeformalitäten für angeworbene Kräfte sollen so unbürokratisch als möglich gchandhabt werden.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer dankte Stadtrat Bock für die Bereitstellung der finanziellen Mittel für diese Werbeaktion, die ja letztlich allen Wiener Straßen- und Autobus-Fahrgästen dienen soll. Auch die Jahreszeit sei für die Aktion richtig gewählt, ebenso die Begleitpersonen, deren Kunst der Gesprächsführung maßgeblich zum Erfolg beitragen wird.

Personalwerbung - Schwierigkeiten im In- und Ausland

Auch Personalstadtrat Bock betonte, daß man dem Werbezweig die besten Leute der Verkehrsbetriebe beigegeben habe. Er appellierte an diese Beamten, bei allen Gesprächen mit der Bevölkerung den Mut zur Wahrheit zu haben und den Leuten nichts vorzumachen. Wir brauchen uns dessen auch nicht zu schämen, sagte Stadtrat Bock, was die Leute bei den Verkehrsbetrieben erwartet. Auch die Verdienstmöglichkeiten sind keineswegs so gering, wie es oft dargestellt wird.

Stadtrat Bock gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Personalwerbung der Stadt Wien, die doch den Interessen der gesamten Bevölkerung der Bundeshauptstadt Wien dient, sowohl im In- als auch im Ausland unnötige Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden:

Der Gelenkbus der Verkehrsbetriebe bedarf infolge seiner besonderen Zweckbestimmung nach der Straßenverkehrsordnung einer Bewilligung der zuständigen Landesregierungen. Während das Burgenland diese Bewilligung anstandslos erteilt hat, hat das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung diese versagt. Die dafür vorgebrachte Begründung mutet sehr seltsam an. Es heißt in dem abschlägigen Bescheid nämlich, die Bevölkerung der besuchten Ortschaften habe noch nie einen Gelenkbus gesehen, weshalb es zu verkehrsstörenden Aufläufen kommen könnte. Stadtrat Bock und Stadtrat Dr. Schaumayer gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, diese kleinliche Interpretation der Straßenverkehrsordnung im Verhandlungsweg doch noch revidieren lassen zu können.

Stadtrat Bock berichtete ferner, daß auch der Personalwerbung im Ausland unvorhergesehene Schwierigkeiten erwachsen. Im Einvernehmen mit der jugoslawischen Botschaft wollte man schon vor geraumer Zeit jugoslawische Gastarbeiter anwerben. Dazu wäre es jedoch notwendig, daß Österreich, so wie es andere europäische Länder taten, jene Sozialrechtskonvention unterzeichnet, die den Gastarbeitern dieselben sozialen Rechte garantiert, wie den einheimischen Kräften. Die Konvention wurde im Februar der Regierung unterbreitet, konnte jedoch wegen des Einspruches des Handelsministers nicht dem Parlament weitergeleitet werden. Erst im Oktober gelang es, alle Widerstände zu überwinden und die Vor-

lage konnte unverändert die Regierung passieren. Der Außenminister hat sie heute unterzeichnet, aber sie kann jetzt nicht mehr vom Parlament ratifiziert werden, weil dieses seine Auflösung beschlossen hat. Zahlreiche jugoslawische Gastarbeiter sind aus Österreich bereits in jene Länder abgewandert, die die Sozialrechtskonvention schon unterschrieben haben.

#### Der "Fahrplan" des Werbebusses

Insgesamt werden in der Zeit zwischen dem 19. November und dem 19. Dezember jeweils zum Wochenende (Freitag, Samstag oder Sonntag) rund 50 Ortschaften besucht werden. Vorbehaltlich des hoffentlich noch erteilten Einverständnisses der Niederösterreichischen Landesregierung wird der Zug an folgenden Tagen in folgenden Gemeinden eintreffen:

- Freitag, den 19. November: Deutschkreuz, Schattendorf
- Samstag, den 20. November: Mattersburg, Eisenstadt, Neusiedl am See
- Sonntag, den 21. November: Illmitz, Frauenkirchen, Gattendorf, Kittsee
- Freitag, den 26. November: Eggenburg, Horn
- Samstag, den 27. November: Sigmundsherberg, Allertsteig, Groß-Siegharts, Schwarzenau
- Sonntag, den 28. November: Gmünd, Schrems, Heidenreichstein, Litschau
- Freitag, den 3. Dezember: Peggau, Fürstenfeld
- Samstag, den 4. Dezember: Feldbach, Halbenrain, Radkersburg, Straß, Leibnitz
- Sonntag, den 5. Dezember: Gleisdorf, Birkfeld, Ratten
- Freitag, den 10. Dezember: Zistersdorf, Poysdorf
- Samstag, den 11. Dezember: Mistelbach, Laa an der Thaya, Haugsdorf, Hollabrunn
- Sonntag, den 12. Dezember: Retz, Geras, Raabs an der Thaya, Waidhofen an der Thaya
- Freitag, den 17. Dezember: Jennersdorf, Heiligenkreuz
- Samstag, den 18. Dezember: Güssing, St. Michael, Stegersbach, Kemetten
- Sonntag, den 19. Dezember: Groß-Petersdorf, Rechnitz, Pinkafeld.

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

19. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländisches Weißkraut 2.80 bis 4 S je Kilo, inländisches Rotkraut 4 bis 5 S je Kilo, inländischer Glasalat 1.50 bis 4 S je Stück.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 3.50 bis 7 S je Kilo, ausländische Äpfel 6.50 bis 14 S je Kilo, inländische Birnen 4 S bis 10 S je Kilo.

- - -

## Wiens Fremdenführer wollen Denkmal für Sigmund Freud

=====

19. November (RK) Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien hat gestern nachmittag die Wiener Fremdenführer zu der alljährlich stattfindenden Aussprache über Erfahrungen der abgelaufenen Saison eingeladen.

Der Generalsekretär der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien Professor Minarz referierte über die Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs und wies auf die zunehmende Bedeutung des Ostverkehrs hin, der sich auf eine gleichmäßigere Verteilung des Fremdenstroms über das ganze Jahr sehr günstig auswirkt.

Anschließend berichteten Magistratsrat Dr. Lang und Obermagistratsrat Dr. Jager über eine Reihe von erfolgreichen Interventionen, wodurch viele Wünsche, die von seiten der Fremdenführer bei der letzten Arbeitssitzung geäußert worden waren, von den zuständigen Stellen bereits erfüllt worden sind.

Die Wiener Fremdenführer brachten wieder zahlreiche Anregungen vor. Vor allem soll die Nachfrage nach folkloristischen Darbietungen mehr berücksichtigt werden, etwa durch Vorführungen von Volksmusik- und Volkstanz im Arkadenhof des Rathauses. Auch soll die Zahl der während der Sommersaison in den Abendstunden angestrahlten Sehenswürdigkeiten erhöht werden. Dabei wies man vor allem auf den Heldenplatz, den Josefsplatz und das Radetzky-Denkmal hin. Schließlich wurde auch angeregt, an einer geeigneten Stelle ein Denkmal für Sigmund Freud zu errichten.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Ein beschämender Bescheid Niederösterreichs

Stadtrat Bock stellt zunächst zur Frage des Werbeautobusses fest, daß von der Niederösterreichischen Landesregierung ein außerordentlich befremdender Bescheid kam, in dem das Wiener Ansuchen mit der Begründung abgewiesen wurde, daß dieser Autobus ein noch nicht gesehenes Fahrzeug ist und somit ein Schauobjekt darstellt, das geeignet ist, eine große Anzahl von Schaulustigen anzulocken und dadurch die Leichtigkeit und Flüssigkeit sowie die Sicherheit des Verkehrs zu beeinträchtigen. Dieser Bescheid, sagt Stadtrat Bock, ist beschämend. Der Gemeinderat möge zum Ausdruck bringen, daß das für eine gute Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, von der man immer spricht, nicht förderlich ist. Auch in der Frage der Fremdarbeiter oder Gastarbeiter, wie es jetzt heißt, schilderte der Personalreferent die Schwierigkeiten, die der Stadt Wien bereitet werden. So haben wir mit der jugoslawischen Botschaft Verhandlungen aufgenommen, die auch ihre Dienste zugesagt hat, aber als Voraussetzung dafür die Unterfertigung der Sozialrechtskonvention zwischen Jugoslawien und Österreich nannte. Im Februar wurde nun der Regierung dieses Übereinkommen vorgelegt, aber dieser Vertrag kam auf Einspruch von Handelsminister Bock (mit dem ich weder verwandt noch identisch bin, betonte der Stadtrat) nicht zustande. Erst am 19. Oktober wurde der Vertrag genehmigt und heute wird er im Außenministerium unterzeichnet. Die Ratifizierung wird aber erst durch den neugewählten Nationalrat möglich sein.

Das sind also die Schwierigkeiten, die wir haben, und die ich außerordentlich bedauerlich finde. Und das wollte ich dem Gemeinderat berichten.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) stellt grundsätzlich fest, daß sich ein Rechnungsabschluß naturgemäß auf abgelaufene Ereignisse bezieht, sodaß der Vorwurf nicht angebracht ist, es sei nichts über Zukunftspläne gesagt worden. So werde sie über das Projekt der Hauptwerkstätte bei der Budgetdebatte sprechen.

./.

In der Diskussion wurde der Personalmangel bei den Verkehrsbetrieben beleuchtet. Ihr scheine weniger die Bezahlung als Hindernis, sondern die Diensterteilung, die zweifellos in der Zeit der Fünf-Tage-Woche als Härte empfunden wird. Dafür aber bieten die Stadtwerke die Möglichkeit eines beruflichen Aufstieges.

Daß es bei den Verkehrsbetrieben mehr Pensionisten als Aktive gibt, ist eine bekannte Tatsache. Sie stelle aber ausdrücklich fest, daß sie den Pensionisten, die schwer gearbeitet haben, von Herzen die Ruhezeit und die entsprechenden Bezüge gönne. (Gemeinderat Peter, FPÖ: So war das nicht gemeint!)

Die Referentin betont auch, daß das Verhältnis Fremdstrombezug-Eigenerzeugung in den nächsten Jahren zugunsten der eigenen Werke besser sein wird.

Sie kenne auch die Klagen wegen nichtbewilligter Neuanlüsse von Gasheizungen, aber es ist eine bedauerliche Tatsache, daß die Mittel für den Ausbau eines Gasrohrnetzes für viele Jahre hindurch nicht vorhanden sind.

Was das Sinken der Fahrgastfrequenz bei den Verkehrsbetrieben betrifft, so könnten diese für die Motorisierungswelle nicht schuldig gemacht werden. Die Verkehrsbetriebe bemühen sich, die Straßenbahn aktiver zu machen. Der Gemeinderat wird sich aber auch mit der Frage beschäftigen müssen, in welcher Form der grundsätzlich deklarierte Vorrang des Massenverkehrsmittels zur tatsächlichen Geltung verholfen wird.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer verweist auch auf die wirtschaftliche Einheit der Stadtwerke, unterstreicht jedoch gleichzeitig, daß es für die "Familienhilfe" eine Grenze gibt. Diese Grenze liegt dort, wo man die Leistungsfähigkeit des Einzelunternehmens in Frage stellt.

Verkehrsbetriebe haben allerdings nicht nur in Wien sondern fast allerorten Verluste. Die Höhe des Verlustes ist freilich etwas, worüber stets neu beraten werden muß. Abschließend dazu bedauert die Referentin, daß die Finanzierungsverhandlungen, die heuer im Juli aufgenommen wurden, abgebrochen wurden, ohne jene langfristigen Maßnahmen zu bringen, durch die allein eine Sanierung verwirklicht werden kann.

Die Stadtwerke seien bemüht, moderne Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Als kleines illustratives Beispiel wurde erwähnt, daß bei einem Spezialkurs für E-Werks-Blockmeister ein Bediensteter der Wiener E-Werke als Jahrgangsbester abgeschnitten hat.

Die Zukunft der Gaswerke liegt zum Großteil in einer weiteren Verbreitung der modernen Gasheizungen. Dies wirft freilich das Problem der Winterspitzen auf, das große Schwierigkeiten bereitet.

Auflassungen von Haltestellen der Verkehrsbetriebe sind ausnahmslos nur im Einvernehmen mit den Bezirksvorstehungen vorgenommen worden. Manche Bezirksvorstehungen haben jedoch nach Zustimmung zur Haltestellenauflassung wieder eine Rückgängigmachung dieser Maßnahme gefordert.

Die gelbe Markierungslinie auf den Stadtbahnperronen ist eine gute Anregung aus Leserkreisen und dient der Verkehrserziehung, der auch die Fahrgäste der öffentlichen Verkehrsmittel bedürfen.

Zu der von Stadtrat Bock aufgeworfenen Frage der Fremdarbeiter aus Jugoslawien stellte die Referentin fest, daß einzelne Baufirmen keine Schwierigkeiten hatten, Hilfskräfte aus Jugoslawien zu bekommen, obwohl Österreich die Sozialrechtskonvention nicht unterzeichnet hat. Auch die Schweiz hat dies nicht getan und hat dennoch so viele Fremdarbeiter. Sicher sind das alles nur die Anfangsschwierigkeiten, wie sie jedes Land überwinden muß, wenn es beginnt, Fremdarbeiter zu beschäftigen.

Zur Frage des Verbeusses der Verkehrsbetriebe in Niederösterreich: Es ist zu hoffen, daß der Gelenkbus überall Auflauf hervorruft. Die heutige Diskussion im Wiener Gemeinderat, in der die Beamtenschaft eines Landes lächerlich gemacht und verhöhnt wurde, wird es dieser Beamtenschaft freilich nicht leichter machen, den Bescheid zu revidieren. (Heftige Zwischenrufe von Seiten der SPÖ: "Niemand hat hier einen Beamten verhöhnt, es ist hier sehr anständig von dieser Affaire gesprochen worden!")

./.

Stadtrat Bock: "Statt daß Sie der Niederösterreichischen Landesregierung Vorwürfe machen, machen Sie uns Vorwürfe?" Vizebürgermeister Slavik: "Sie stehen hier ja nicht als Vertreterin Niederösterreichs sondern der Stadt Wien!" GR. Windisch: "Wir wollen hier wissen, ob sich die Wiener ÖVP von dieser Haltung der Niederösterreicher distanziert!") Stadtrat Dr. Schaumayer betonte, daß sie sich seit zwei Tagen um eine Rückgängigmachung des Bescheides bemühe. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Na also! Dann sind Sie also auch gegen den Bescheid!")

Die Referentin beantragte schließlich die Zustimmung zu den von ihr referierten Vorlagen, die in der darauffolgenden Abstimmung einstimmig erteilt wurde.

#### Diskussion um Gesellenheime

GR. Herbert Mayr (SPÖ) referierte einen Magistratsantrag, demzufolge für eine Wohneinheit im Gesellinnenheim Aichhorngasse beziehungsweise im Gesellenheim Zohmanngasse monatlich 300 Schilling zu entrichten sind. Die Heime sind für Jugendliche bestimmt, die neu ins Berufsleben eintreten und sollen für sie eine billige Unterkunft darstellen, bis sie ein ständiges eigenes Heim gefunden haben. Dazu werden sie auch zur Spartätigkeit angehalten. Der Magistrat soll ermächtigt werden, in berücksichtigungswürdigen Fällen Ermäßigungen des Entgeltes zu gewähren.

In der Debatte bezeichnete GR. Lauscher (KLS) 300 Schilling als zu teuer. Er verglich die Durchschnittslöhne einer Schneidergehilfin mit den Lebenshaltungskosten, kam dabei zu dem Schluß, daß die Miete in den erwähnten Heimen nur 250 Schilling betragen sollte und stellte einen diesbezüglichen Abänderungsantrag, der in der nachfolgenden Abstimmung bei den anderen drei Parteien keine Unterstützung fand.

GR. Herbert Mayr stellt in seinem Schlußwort zur Kritik an der Höhe des Mietbeitrages fest, daß sich eine Wohneinheit in der Benützung auf monatlich 900 Schilling stellt. Der Jugendliche muß also praktisch nur ein Drittel der tatsächlich auflaufenden Kosten tragen.

Bei Jugendlichen, die ein zu geringes Einkommen haben, kann die Miete außerdem herabgesetzt werden. Kritisiert wurde von Gemeinderat Lauscher auch die Tatsache, daß von den Jugendlichen monatlich ein gewisser Betrag zurückgelegt werden muß. Dieser Betrag ist keinesfalls zu hoch und außerdem nach dem Einkommen des Betroffenen gestaffelt. So werden bis zu einem Nettoeinkommen von monatlich 1.300 Schilling 70 Schilling als Spareinlage vorgeschrieben, von 1.310 bis 1.500 Schilling zehn Prozent, von 1.510 bis 1.750 Schilling 15 Prozent und erst bei einem Einkommen von mehr als 1.750 Schilling monatlich sind 20 Prozent des Einkommens einer Spareinlage zuzuführen. Die meisten dieser jungen Leute sind seit frühester Jugend in Heimen untergebracht und vielfach nicht gewohnt, mit Geld umzugehen. Man stellt ihnen nun ein modernes Hotelzimmer gegen eine monatliche Miete von 300 Schilling zur Verfügung und will sie dazu anhalten, ihr verdientes Geld nicht hinauszuerwerfen, sondern zu sparen, damit sie bei Verlassen des Heimes auf einen Spargroschen zurückgreifen können. Da der vorgesehene Betrag angemessen erscheint, ersucht der Redner, den Antrag von Gemeinderat Lauscher abzulehnen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

#### Krankenanstalten-Rationalisierungs-Kommission

Stadtrat Bock (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Schaffung einer Kommission, bestehend aus vier Mitgliedern der Fraktion der SPÖ und zwei Mitgliedern der ÖVP, deren Aufgabe es sei, unter Beiziehung von Fachleuten und sachkundigen Beamten den zuständigen Organen der Stadt Wien geeignete Maßnahmen, durch die eine weitere Rationalisierung im Betrieb und in der Verwaltung der städtischen Kranken- und Pflgeanstalten sichergestellt wird, vorzuschlagen. Diese Kommission soll jedoch nicht Beschlüsse an Stelle der sonst zuständigen Gemeinderatsausschüsse fassen.

./.

Der vorliegende Antrag trägt einem in der Sitzung vom 24. September 1965 gestellten Antrag der Gemeinderäte Dr. Stemmer, Dr. Stürzer und Genossen Rechnung.

GR. Maller (KLS) begrüßt die Schaffung einer derartigen Kommission, die sicherlich keine leichte, aber eine sehr wichtige Aufgabe wird bewältigen müssen. Er ist jedoch der Meinung, daß es nicht nötig gewesen wäre, sie auf Grund § 62 der Verfassung der Stadt Wien und § 96 der Wiener Gemeindewahlordnung zu berufen, sondern daß es zweckmäßiger wäre, ein Kollegium zu schaffen, das allen im Gemeinderat vertretenen Parteien die Möglichkeit zur Mitarbeit gegeben hätte. Als notwendig erachtet er es, der Kommission einen Termin zu stellen, an dem sie dem Gemeinderat einen ausführlichen Tätigkeitsbericht geben soll. Die Fraktion der KLS wird diese Gelegenheit dann dazu benützen, ihren Standpunkt zu vertreten.

Stadtrat Bock stellt in seinem Schlußwort fest, daß dem vorliegenden Antrag entsprechend, Experten und andere Personen herangezogen werden können. Die gewählte Kommission wird die Vorgangsweise ihrer Arbeit festlegen und auch den Kreis jener Persönlichkeiten, die zugezogen werden sollen. Es sei daher nicht zweckmäßig, heute bereits festzulegen, welcher Kreis der Kommission angehören soll.

Er sei sicher, daß der Vorsitzende der Kommission im Gemeinderat über die Arbeit der Kommission berichten wird.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen. Auf Grund des gefaßten Beschlusses wurden die Gemeinderäte Dr. Gisel, Nimmerrichter, Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal und Weisz von der SPÖ sowie die Gemeinderäte Dr. Bauer und Lehner von der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ gewählt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Moritz von Gerold zum Gedenken  
 =====

19. November (RK) Auf den 21. November fällt der 150. Geburtstag des Buchdruckers und Verlegers Moritz von Gerold.

Er wurde in Wien als Enkel des Begründers der weltberühmten Verlagsfirma geboren und erlernte den Buchhändlerberuf. Seit 1843 arbeitete er im Geschäft seines Vaters und übernahm nach dessen Tod gemeinsam mit seinem Bruder die Leitung. Beide bauten das Sortiment, den Verlag und die Druckerei weiter aus. Damals war die Weltfirma bereits in dem von Siccardsburg und van der Null neu errichteten Prachtbau im ersten Bezirk, Postgasse 6 untergebracht. Im Verlag Gerold erschienen weiterhin bedeutende Werke und Zeitschriften. In der Folge widmete sich der Betrieb in starkem Maße der Herstellung von Schulbüchern. 1856 wurde Moritz von Gerold Buchdrucker der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und Vorsteher der Wiener Korporation des Börsenvereins deutscher Buchhändler. 1859 gründete er zusammen mit anderen Berufskollegen einen Verein der österreichischen Buchhändler, dessen Vorstand er wurde. 1876 erfolgte seine Nobilitierung. Sein Haus war ein Treffpunkt der Wiener Gesellschaft sowie zahlreicher Künstler und Gelehrter, die oft auch aus dem Ausland zu Besuch kamen. Moritz von Gerold, der auch in Bank- und Industrieunternehmungen führend tätig war, starb am 6. Oktober 1884.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche  
 =====

19. November (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 23. November:

17.00 Uhr, Leopoldstadt, Karmelitergasse 9/2.

Mittwoch, 24. November:

18.15 Uhr, Innere Stadt, Wipplingerstraße 8..

- - -